Position
19.06.2026
www.dstgb.de

DStGB
Deutscher Städte- und Gemeindebund

Zeitenwende bedeutet Infrastrukturwende in den Kommunen

Herausgeber

Deutscher Städte- und Gemeindebund
Dr. André Berghegger
Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon 030 77307-0
dstgb@dstgb.de
facebook.com/dstgb
linkedin.com/dstgb
instagram.com/gemeindebund

Der DStGB:
Eine starke Stimme

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt die Interessen der deutschen Städte und Gemeinden. Auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gibt er Kommunen eine starke Stimme und greift die Themen auf, die Bürger:innen vor Ort bewegen.

Durch seine 17 Mitgliedsverbände sind 11 000 große, mittlere und kleinere Kommunen organisiert und vernetzt. Die Verbandsarbeit erfolgt parteiunabhängig und ohne staatliche Zuschüsse. Die Besetzung der Organe orientiert sich an dem Votum der Wähler bei den Kommunalwahlen.

Der DStGB ist »Kommunales Informationsnetzwerk« und sensibilisiert und mobilisiert Politik und Öffentlichkeit für kommunalpolitische Interessen.

Er fungiert als »Kommunale Koordinierungsstelle« für den permanenten Erfahrungs- und Informationsaustausch unter den Mitgliedsverbänden. Nicht zuletzt ist der Verband »Kommunales Vertretungsorgan« durch Repräsentation in zentralen Organisationen.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Sicherheitslage in Europa grundlegend verändert. Deutschland richtet seine Sicherheits- und Verteidigungspolitik neu aus. Die Bundeswehr konzentriert sich wieder stärker auf die Landes- und Bündnisverteidigung. Mit dem Operationsplan Deutschland (OPLAN) wird zugleich deutlich, dass Verteidigungsfähigkeit nicht allein eine militärische Aufgabe ist. Sie setzt leistungsfähige Kommunen, resiliente Infrastrukturen und eine enge Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen voraus.

Kommunen übernehmen hierbei eine Schlüsselrolle. Sie stellen zentrale Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge sicher, betreiben und unterhalten wesentliche Infrastrukturen und gewährleisten gemeinsam mit Feuerwehren, Hilfsorganisationen und weiteren Akteuren die Handlungsfähigkeit des Staates in Krisen- und Verteidigungslagen. Die Zeitenwende erfordert deshalb auch eine Infrastrukturwende in den Kommunen - allen voran in denjenigen mit Standorten der Bundeswehr sowie der alliierten Streitkräfte. Der Arbeitskreis Garnisonen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes formuliert hierzu folgende Positionen:

Bevölkerung frühzeitig informieren und einbinden

Die veränderte Sicherheitslage macht Übungen, Truppenbewegungen und militärische Aktivitäten erforderlicher und damit sichtbarer als in den vergangenen Jahrzehnten. Bund, Länder, Kommunen und Bundeswehr müssen die Bevölkerung frühzeitig, transparent und abgestimmt informieren. Eine gemeinsame Kommunikation stärkt die Akzeptanz verteidigungspolitischer Maßnahmen, fördert das Verständnis für die Aufgaben der Bundeswehr und erschwert die Verbreitung von Desinformation.

Militärische und zivile Infrastruktur gemeinsam modernisieren

Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr setzt moderne und leistungsfähige Standorte voraus. Bund und Länder müssen den Sanierungsstau bei Kasernen, Unterkünften und Funktionsgebäuden konsequent abbauen sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen.

Die hierfür vorgesehenen gesetzlichen Erleichterungen dürfen jedoch nicht auf militärische Liegenschaften beschränkt bleiben. Auch kommunale Infrastrukturmaßnahmen mit Bedeutung für die Landes- und Bündnisverteidigung müssen schneller geplant und umgesetzt werden können. Die Beschleunigung von Infrastrukturprojekten darf nicht am Kasernentor enden. Sie muss ebenso Straßen, Brücken, Energie- und Wasserversorgung, digitale Netze sowie weitere kommunale Infrastrukturen umfassen.

Verkehrsanbindung verbessern

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für

die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Dies gilt für die Mobilität der Soldatinnen und Soldaten ebenso wie für die Verlegung von Personal, Material und Versorgungsgütern.

Bund und Länder müssen daher die Anbindung von Bundeswehrstandorten, logistischen Drehscheiben und strategisch wichtigen Regionen verbessern. Notwendig sind Investitionen in Schienenwege, Bahnhöfe, Straßen, Brücken sowie Umschlag- und Transportkapazitäten. Die Anforderungen der militärischen Mobilität müssen bei allen relevanten Infrastrukturplanungen künftig stärker berücksichtigt werden.

Daseinsvorsorge als Grundlage der Verteidigungsfähigkeit stärken

Die Herausforderungen der Landes- und Bündnisverteidigung betreffen weit mehr als militärische Einrichtungen. Erforderlich sind belastbare und krisenfeste kommunale Infrastrukturen in Stadt und Land. Dazu gehören insbesondere:

- leistungsfähige Verkehrswege und Brücken,
- sichere Energie-, Wasser- und Abwasserversorgung,
- widerstandsfähige digitale Netze und Kommunikationssysteme,
- leistungsfähige Gesundheits- und Rettungsstrukturen,
- eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung für Familien von Soldatinnen und Soldaten,
- moderne und gut ausgestattete Feuerwehren und Hilfsorganisationen.

Diese Investitionen stärken nicht nur die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, sondern erhöhen zugleich die Resilienz gegenüber Naturkatastrophen, hybriden Bedrohungen und anderen Krisenlagen.

OPLAN Deutschland gemeinsam mit den Kommunen umsetzen

Mit dem Operationsplan Deutschland wird deutlich, dass die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands nicht allein von der Bundeswehr abhängt. Kommunen sind als Träger zentraler Infrastrukturen und der öffentlichen Daseinsvorsorge ein wesentlicher Bestandteil der gesamtstaatlichen Verteidigungsfähigkeit.

Insbesondere entlang militärisch bedeutsamer Verkehrsachsen, an logistischen Knotenpunkten, Standorten kritischer Infrastruktur sowie in Regionen mit Bundeswehrstandorten müssen Straßen, Brücken, Energie- und Wasserversorgung, Gesundheitsversorgung, digitale Netze und logistische Kapazitäten ertüchtigt und resilient ausgestaltet werden.

Die zivil-militärische Zusammenarbeit ist deshalb verbindlicher zu organisieren. Kommunen müssen frühzeitig in die Planungen des OPLAN Deutschland einbezogen werden, um ihre Infrastruktur, ihre Einsatzkräfte und ihre Ortskenntnis wirksam einbringen zu können. Bund und Länder sind aufgefordert, klare Zuständigkeiten, abgestimmte Verfahren und verlässliche und gesicherte Kommunikationswege für den Verteidigungs- und Krisenfall zu schaffen.

Finanzierung sicherstellen

Die zusätzlichen Anforderungen der Zeitenwende dürfen nicht zulasten der kommunalen Haushalte gehen. Bereits heute bestehen erhebliche Investitionsrückstände in den Städten und Gemeinden. Zusätzliche Aufgaben im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung sowie des OPLAN Deutschland können daher nur übernommen werden, wenn ihre Finanzierung dauerhaft gesichert ist.

Die Umsetzung des OPLAN Deutschland ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Die hierfür erforderlichen Investitionen in kommunale Infrastruktur sowie die damit verbundenen Vorhalte-, Betriebs-, Wartungs- und Personalkosten müssen aus Mitteln des Bundes finanziert werden. Sie dürfen nicht zulasten des Sondervermögens für Länder und Kommunen gehen. Hierfür stehen das Sondervermögen des Bundes für die Bundeswehr sowie die durch die Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse eröffneten zusätzlichen Finanzierungsspielräume zur Verfügung.

Unabhängig davon bedarf es einer dauerhaften Finanzierungsregelung für kommunale Infrastrukturen, die von den Streitkräften regelmäßig mitgenutzt werden. Insbesondere die Standortkommunen leisten durch die Bereitstellung und den Unterhalt von Infrastrukturen für die in Deutschland stationierten Streitkräfte einen dauerhaften Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung. Die damit verbundenen Belastungen für Straßen, Brücken, Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen sowie weitere Einrichtungen der Daseinsvorsorge dürfen nicht allein von den Kommunen getragen werden. Der Bund muss sich dauerhaft und verlässlich an den Investitions-, Betriebs- und Unterhaltungskosten dieser Infrastrukturen beteiligen. Verantwortung und Finanzierung müssen zusammenpassen.

Bundeswehr und Gesellschaft enger miteinander verbinden

Die Bundeswehr ist Teil unserer Gesellschaft. Zahlreiche Kommunen pflegen bereits enge Beziehungen zu Bundeswehrstandorten, Truppenteilen und Soldatinnen und Soldaten. Patenschaften, gemeinsame Veranstaltungen und Dialogformate stärken das gegenseitige Verständnis und die gesellschaftliche Verankerung der Streitkräfte. Diese Zusammenarbeit sollte weiter ausgebaut werden. Dazu gehören auch eine stärkere Sichtbarkeit des Tages der Bundeswehr durch zusätzliche Veranstaltungen in den Ländern sowie die finanzielle Förderung des Veteranentages in den Kommunen. Die Leistungen aktiver und ehemaliger Soldatinnen und Soldaten müssen stärker als bisher in der Mitte der Gesellschaft sichtbar werden.

Sicherheitspolitische Bildung stärken

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit machen deutlich, dass Freiheit, Demokratie und Sicherheit keine Selbstverständlichkeiten sind. Die Aufgaben der Bundeswehr sowie die Bedeutung der Landes- und Bündnisverteidigung sollten daher stärker Gegenstand der politischen Bildung sein. Schulen, Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen müssen Raum für eine sachliche und ausgewogene Auseinandersetzung mit sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen bieten.

Dazu gehört auch die Möglichkeit zur Einbindung von Jugendoffizieren der Bundeswehr an Bildungseinrichtungen. Ziel ist es, insbesondere bei jungen Menschen das Verständnis für die sicherheitspolitischen Herausforderungen Deutschlands sowie für die Bedeutung von Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Selbstbestimmung zu stärken. Wer die bestehenden Bedrohungen kennt, kann besser nachvollziehen, warum der Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der im Grundgesetz verankerten Rechte und Freiheiten eine gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe ist.